

wdk

PRESSEDIENST

Kautschukindustrie zum EU Chemicals Industry Action Plan: Förderprogramm für Bürokratie?

„Es sollte eigentlich nicht verwundern, wenn Bürokraten Bürokratie als Lösung von Überbürokratie einsetzen. So auch bei dem jetzt von der EU-Kommission vorgelegten Aktionsplan zur Rettung der Chemischen Industrie am Standort Europa“, so Boris Engelhardt, Hauptgeschäftsführer des Wirtschaftsverbandes der deutschen Kautschukindustrie (wdk) heute in Frankfurt am Main. „Schauen wir auf das Positive: Endlich reagiert die EU auf die riskante Abwanderung von Chemieindustrieunternehmen. Und sie benennt die Ursachen, darunter Bürokratielasten, Finanzierungsregulierung, Energiepreis- und Carbon-Footprint-Regulierung, Chemikalienregulierung. Betrachten wir aber die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen, so schwindet jegliche Euphorie.“

So soll eine neue Schirmstruktur („Critical Chemicals Alliance“) geschaffen werden, die Kriterien entwickelt, um kritische Produktionsstandorte und Chemikalien zu identifizieren. Die deutsche Kautschukindustrie fragt sich: Mit welchem Zeithorizont? Mehr bürokratische Gremien für mehr bürokratische Rahmensetzungen? Chemikalien-Importe in die EU sollen auf Übereinstimmung mit europäischen Regulierungsvorgaben kontrolliert werden. Frage: Durch wen kontrolliert? Folgt man den von der EU-Kommission seit Jahren verwendeten Blaupausen, wie etwa bei der Lieferkettenregulierung, so heißt das in der Praxis Übertragung der Überwachungsverpflichtungen auf die in der EU ansässige verarbeitende Industrie und massive weitere Bürokratielasten. Die EU kündigt weiter eine Ausweitung der EU-Erlaubnisse für staatliche Emissionshandel-Kostenkompensationen bei bestimmten Chemikalien an. Frage: Warum adressiert man nicht die Ursachen, sondern schafft neue staatliche Subventionstatbestände mit den in der Folge bekannten bürokratischen Hürden und maximalen Zugangsbeschränkungen für die Industrie? Die EU-Kommission kündigt auch an, Inhaltsanforderungen sowie Resilienz- und Nachhaltigkeitskriterien zu definieren, um für spezifische Sektoren Leitmärkte zu fördern. Frage:

Wann können die Chemiebranche und die damit verbundene Wertschöpfungskette angesichts dieses Fokus auf bürokratische Akte mit ganz konkreter Unterstützung rechnen?

„Positiv im Chemicals Industry Action Plan sind für uns das Abrücken der EU-Kommission von pauschalen PFAS-Verboten (Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen)“, so Engelhardt. „Endlich folgt man einem risikobasierten Ansatz und erkennt, dass PFAS eben nicht in Industrie- und Gesundheitsprodukten ersetzbar sind. So sollen kritische Anwendungen in diesen Sektoren erlaubt bleiben. Ausnahmen braucht es aber auch für weitere Anwendungen wie den Fahr- und Flugzeugbau oder die Energieerzeugung, wo Fluorelastomere nicht ersetzbar sind.“

„Immerhin kündigt die Kommission eine zeitnahe Entlastung der europäischen Chemischen Industrie um 363 Millionen Euro pro Jahr an. Und zwar indem man die EU-Vorgaben zur Schriftgröße und zum Zeilenabstand auf Verpackungen zurücknimmt. Das lässt erahnen, wie die massiven Kostenfolgen für die Industrie bei wirklich einschneidenden europäischen Unternehmens-Regulierungen aussehen“, so Engelhardt abschließend.

Anlage:

Pressefoto Boris Engelhardt

Über den wdk

Der Wirtschaftsverband der deutschen Kautschukindustrie e.V. (wdk) ist die Spitzenorganisation der deutschen Hersteller von Bereifungen und Technischen Elastomer-Erzeugnissen. Er vertritt über 200 Unternehmen mit knapp 70.000 Beschäftigten und einem Gesamtjahresumsatz von mehr als zehn Milliarden Euro. Seinen Hauptsitz hat der wdk in Frankfurt am Main. Daneben unterhält der wdk ein Hauptstadtbüro in Berlin.

Diese Pressemitteilung steht auf www.wdk.de zum Download bereit.

Kontakt für Presseanfragen:

Wirtschaftsverband der deutschen
Kautschukindustrie e. V. (wdk)
Dr. Christoph Sokolowski
Pressesprecher
Tel.: +49 (0) 69 79 36-137
E-Mail: c.sokolowski@wdk.de